

Die „Frauenfrage“ in Ost und West-Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik : Der Lebenszyklus von Frauen findet wenig Beachtung

Nickel, Hildegard Maria

2011

<https://doi.org/10.25595/368>

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nickel, Hildegard Maria: *Die „Frauenfrage“ in Ost und West-Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik : Der Lebenszyklus von Frauen findet wenig Beachtung*, in: Lorenz, Astrid (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung* (Opladen: Budrich, 2011), 208-222. DOI: <https://doi.org/10.25595/368>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Astrid Lorenz (Hrsg.)

Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften

Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der
Wiedervereinigung

Verlag Barbara Budrich

Opladen • Berlin • Farmington Hills, MI 2011

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2011 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Farmington Hills, MI
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-424-4

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Walburga Fichtner, Köln
Lektorat: Andrea von Gersdorff
Satz: Beate Glaubitz, Redaktion + Satz, Leverkusen
Druck: Paper & Tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit <i>Bernd Faulenbach</i>	9
Wandel trotz Annäherung. Eine neue Sicht auf Deutschland <i>Astrid Lorenz</i>	11
Kapitel 1 Alles im Blick? Zeithistorische und wissenschaftsbezogene Bestandsaufnahmen	
Das neue Deutschland. Deutsche Einheit und Neukonstituierung der Bundesrepublik Deutschland <i>Gert-Joachim Glaeßner</i>	29
Der Osten kann zum Vorreiter des Westens werden! Ostdeutschland im Lichte der Sozialwissenschaften <i>Klaus von Beyme</i>	43
Wer forscht noch zu Ostdeutschland? Die universitäre und außeruniversitäre Forschung zu Ostdeutschland im Wandel <i>Anne K. Krüger, Benjamin Nölting</i>	58

Kapitel 2

Alles eins?

Aktuelle Befunde der Forschung zu Ostdeutschland

Politische Institutionen: Die ostdeutschen Landesverfassungen als dynamische Integrationsstifter <i>Astrid Lorenz</i>	75
Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen <i>Eckhard Jesse</i>	99
Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen, Einstellungen, Handlungsbedingungen <i>Heinrich Best, Lars Vogel</i>	120
Wohl und Wehe von 20 Jahren Wirtschaftspolitik. Ostdeutschland als Beispiel für die Grenzen wirtschaftspolitischer Interventionen <i>Joachim Ragnitz</i>	153
Zwischen beständigen Differenzen und überraschenden Angleichungen – Einstellungen, (A-)Religiosität und politische Kultur <i>Gert Pickel</i>	169
Ostdeutsche Transformationsgesellschaft: Zum Fortbestand von Strukturen und Verhaltensweisen <i>Alexander Kubis, Cornelia Lang, Lutz Schneider, Gerhard Heimpold</i>	189
Die „Frauenfrage“ in Ost und West – Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik. Der Lebenszyklus von Frauen findet wenig Beachtung <i>Hildegard M. Nickel</i>	208

Kapitel 3

Alles logisch?

Ostdeutschland und die Theoriebildung

Die große Transformation. Wege der Transformationsforschungen: Von regional zu global <i>Alexander Thumfart</i>	225
---	-----

Verfassungstheorie und demokratischer Transitionsprozess. Der (ost-)deutsche Konstitutionalismus <i>Hans Vorländer</i>	244
Institutionenbildung anhand von „Blaupausen“: Die Neuentstehung des ostdeutschen Parlamentarismus als Beispiel <i>Werner J. Patzelt</i>	261
Ostdeutschland und die Theorien institutionellen Wandels. Eine kritische Revision in gegenwartsdiagnostischer Absicht <i>Raj Kollmorgen</i>	293
Aus dem Takt geraten. Zu den Ursachen und Folgen ungleichzeitiger Entwicklung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft <i>Roland Czada</i>	315
Sozialer Wandel und sozialstrukturelle Petrifikation. Transformationstheoretische Anmerkungen zur gesellschaftlichen Entwicklung seit 1989 <i>Hartmut Rosa, Steffen Schmidt</i>	333
Rückkehr des Krisenbewusstseins. Demokratisierungsforschung vor dem Hintergrund der osteuropäischen und ostdeutschen Transformationserfahrungen <i>Dieter Segert</i>	354

Kapitel 4

Alles erfasst?

Methodische Fragen der Forschung und die Kunst des richtigen Fragens

Erst Vielfalt schafft Wissen über Ost und West. Strukturdaten, Surveys, qualitative Interviews und Methodenmix <i>Susanne Pickel</i>	375
Auch Heterogenität zwischen den Ländern lässt sich zutage fördern. Die neuen Bundesländer aus vergleichender subnationaler Perspektive <i>Till Heinsohn, Markus Freitag</i>	401

Erneuerungsbedarf der Politische-Kultur-Forschung im 21. Jahrhundert: Konzeptualisierung der Erwartungen kritischer Bürger und der Medialisierung von Politik <i>Anna Schwarz</i>	419
Vom Problemvorsprung zum Problemlösungsvorsprung. Wie die ostdeutschen Sozialwissenschaften den demografischen Problemvorsprung für ihre Zukunft nutzen können <i>Peer Pasternack</i>	436
Politische Bildung in Ostdeutschland ist kein Selbstläufer. Die Landeszentralen für politische Bildung bedürfen zunehmend der Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung <i>Martina Weyrauch</i>	447

Anstelle eines Schlusswortes:

45 offene Fragen, für deren Beantwortung es lohnt, sich mit Ostdeutschland zu befassen – um Gesamtdeutschland zu verstehen	459
---	-----

Anhang

Aktuelle sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben mit Bezug zu Ostdeutschland nach 1989 Zusammengestellt von <i>Anne K. Krüger</i>	465
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	501

Die „Frauenfrage“ in Ost und West – Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik. Der Lebenszyklus von Frauen findet wenig Beachtung

Hildegard M. Nickel

Zusammenfassung

„Gleichstellungsvorsprung“ im Osten und „nachholende Modernisierung“ des Geschlechterverhältnisses im Westen bilden ein Spannungsverhältnis, das zum Ausgangspunkt genommen wird, um die gegenwärtige Situation von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren. Im Mittelpunkt der referierten Befunde steht die jüngere ostdeutsche Frauengeneration, die einerseits spezifisches Sozialisationsgepäck aus der Zeit vor der deutschen Einheit mitbringt, andererseits auf besondere Weise mit dem Paradoxon der Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeitswelt und der institutionellen Trägheit des männlichen Ernährermodells konfrontiert ist. Das Festhalten der Ostdeutschen am „Gleichstellungsvorsprung“ ist als Ressource für die überfällige Modernisierung des Geschlechterverhältnisses im vereinten Deutschland zu begreifen und eine am individuellen Lebenszyklus orientierte Beschäftigungs- und Arbeitspolitik wäre die zeitgemäße Antwort auf eine institutionelle Trägheit, die Chancengleichheit blockiert.

1. Zur Stimmungslage: Berufstätige Frauen in Ostdeutschland

„Die Nostalgie vieler Ostdeutscher ist weniger der DDR verhaftet, als dem Traum von einem Westen, der sich nicht erfüllte. Der sich verdunkelte, sobald die Hinzugekommenen den Raum betraten. Bei den Einheimischen erweckte das den Eindruck, die Neuen hätten das Dunkel mitgebracht“ (Dahn 2009:79). So beschreibt Daniela Dahn die Stimmung der Deutschen 20 Jahre nach dem Fall der Mauer.

Mag sein, dass auch der Verzicht auf die symbolische Aufbereitung des 9. November 1989 „es den Ostdeutschen nicht leicht gemacht (hat), in dem neuen Staat anzukommen, dem sie beigetreten waren. ... So trat der triste Alltag wirtschaftlichen Niedergangs und sozialen Zerfalls in den neuen Bundesländern in den Vordergrund, und die zeitweilig euphorische Aufbruchstimmung schlug in eine depressive Grundhaltung um ...“ (Münkler 2009: 480). Wenn auch nicht ernsthaft anzunehmen ist, dass das Datum eines Staatsfeiertages an Letzterem grundsätzlich etwas geändert hätte, macht Münkler auf Defizite und Ungleichgewichte symbolischer Art aufmerksam, die manches über den Gemütszustand von „Ossis“ und „Wessis“ verraten.

Gestützt wird dieses Bild durch Befunde zur Grundstimmung der Ost-Deutschen: Nur 9 Prozent verbinden derzeit noch Hoffnungen mit der deutschen

Einheit, 36 Prozent haben viel mehr Befürchtungen. Sie ängstigt der Sozialabbau in Deutschland und die finanzielle Schieflage zwischen arm und reich sowie West und Ost, denn sie befürchten, in Armut und ins soziale Abseits zu geraten (SFZ e.V. 2008: 19f.). Es sind – und das führt zum Thema dieses Beitrages – vor allem Frauen, die wenig optimistisch auf die deutsche Einheit blicken.

Hans Mayer – Literaturwissenschaftler und Kenner der DDR aus eigener leidvoller Erfahrung – machte schon 1991 auf eine sich im Laufe der Jahre noch verstärkende „geheime Sehnsucht“ der Ostdeutschen nach der DDR aufmerksam, die nicht schlichte „Ostalgie“ oder Trauer über den Verlust der realen DDR ist – die hielten die DDR-Bürger und Bürgerinnen ja selbst für so dringend reformbedürftig, dass sie eine Revolution machten –, sondern mit dem Verlust an politischen und gesellschaftlichen Idealen, die sich mit der DDR beziehungsweise dem Sozialismus auch verbunden haben, erklärt werden kann. Die „geheime Sehnsucht“ nach der DDR ist Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit, deren Maßstab nicht zuletzt der Grad der weiblichen Emanzipation ist; nach realer Demokratie, das heißt echter politischer Mitwirkung auch bei den Kernfragen der Gesellschaftsgestaltung; nach Achtung der Menschenwürde vor allem durch das Recht auf existenzsichernde Arbeit.

Die DDR galt im sozialwissenschaftlichen Diskurs der 1990er Jahre als ein – an der westlichen Moderne gemessen – rückständiges Sozialgebilde. Nur in puncto Frauen wurde bereits Anfang der 1990er Jahre im Osten ein „Gleichstellungsvorsprung“ (Geißler 1992) beziehungsweise hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse ein „Modernisierungsvorsprung“ (Hradil 1992) konstatiert. In der DDR war qualifizierte Berufstätigkeit von Frauen eine Selbstverständlichkeit. Dafür sorgte eine Vereinbarkeitspolitik, die auf Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen setzte und die Erwerbstätigkeit von Müttern zur Norm erhob. Dieses Gleichberechtigungsmodell war zwar mit enormen Belastungen für Frauen verbunden, es führte aber auch – bei anhaltenden Schieflagen zwischen Frauen und Männern – zu einer weitgehenden ökonomischen und sozialen Angleichung der Geschlechter und zur finanziellen und rechtlichen Unabhängigkeit der DDR-Frauen von männlichen Ernährern.

Was aber bedeuten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im vereinten Deutschland für Frauen heute?¹ Im Westen kommt es, was das Geschlechterverhältnis betrifft, zu einer „nachholenden Modernisierung“: Das männliche Ernährermodell befindet sich in einem schleichenden Erosionsprozess², und die soziale

1 In verschiedenen Aufsätzen habe ich die Geschlechterpolitiken in Deutschland West und Ost verglichen (z.B. Nickel 1998). Auch Dölling hat in einer Reihe von Aufsätzen dazu Stellung genommen (z.B. Dölling 2003). Hier wird die Pfadabhängigkeit der getrennten Wege nicht weiter thematisiert, sondern es sind die aktuellen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland Gegenstand der Argumentation.

2 Das Muster der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeiten in Paarhaushalten nach 6 Jahren Ehe: 55,0 Prozent leben ein „stark traditionales“ Geschlechterarrangement (männlicher Alleinernährer), 25,7 Prozent ein „traditionales“ (männlicher Ernährer mit weiblicher Zuverdienerin), 18,6 Prozent ein partnerschaftliches (beide gleichermaßen am Familieneinkommen durch Erwerbsarbeit beteiligt),

Absicherung von Familien hängt zunehmend von der Teilhabe der Frauen und Männer, Mütter und Väter an Erwerbsarbeit ab. Zwangsläufig rückt Frauenerwerbsarbeit nun auch im Westen Deutschlands ins politische und rhetorische Blickfeld und ist Gegenstand bundesweiter Debatten.

Dieser Beitrag schildert zunächst, wie die ostdeutsche jüngere Frauengeneration mit dem Dilemma des „Gleichstellungsvorsprungs“³ einerseits und den Rahmenbedingungen andererseits, die das männliche Ernährermodell institutionell begünstigen, umgeht. Danach umreißt er generelle Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt und in den Geschlechterverhältnissen. Zum Schluss skizziert er, durch welche arbeitspolitischen Anpassungen diese Probleme gesamtdeutsch und unter Berücksichtigung ostdeutscher Erfahrungen gelöst werden könnten.

2. Annäherung und Wandel: Die „Frauenfrage“ in Ost und West

Die vergangenen 20 Jahre sind frauenpolitisch nicht als Fortschrittsgeschichte zu erzählen, denn die „nachholende Modernisierung“ hat nicht nur das Tempo einer Schnecke, sondern Ostfrauen jener Generation, die 1989/90 in Lohn und Brot war, werden auch kaum die Verletzungen und existenziellen Verunsicherungen abtun können, die ihnen „Abwicklung“ von Betrieben, Entwertung ihrer Ausbildungsabschlüsse – mehr noch ihrer Biografien – und Ab-, beziehungsweise Umbau der Erwerbsstrukturen in den neuen Bundesländern zugefügt haben.

Die Besonderheit der westdeutschen Moderne bezogen auf die „Frauenfrage“ liegt, wie Ute Gerhard zurecht feststellt, unter anderem gerade darin, dass sie sich in der Gleichberechtigung der Geschlechter immer wieder eine Verspätung leistet und ihr die nachholende Entwicklung einer geschlechtergerechten Gesellschaft nur zögernd gelingt (Gerhard 2008). Ostfrauen haben das in den vergangenen 20 Jahren schmerzhaft erfahren.

Allgemein zeigt sich Folgendes: Erstens sind, was kaum überraschen dürfte, Ost- wie Westfrauen erwerbsmäßig deutlich schlechter gestellt als Männer; zweitens – und das ist im Vereinigungsprozess nicht unbedingt erwartet worden – scheinen die zu DDR-Zeiten erreichten sozialen Angleichungsprozesse im Geschlechterverhältnis relativ resistent zu sein. Trotz einer Annäherung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern auch in den alten Bundesländern unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Ost- und Westfrauen noch deutlich. In Ostdeutschland liegen die Erwerbsquoten von Frauen und Männern mit 72 beziehungsweise 80 Prozent wesentlich dichter beieinander als in Westdeutschland, wo die Erwerbsquote

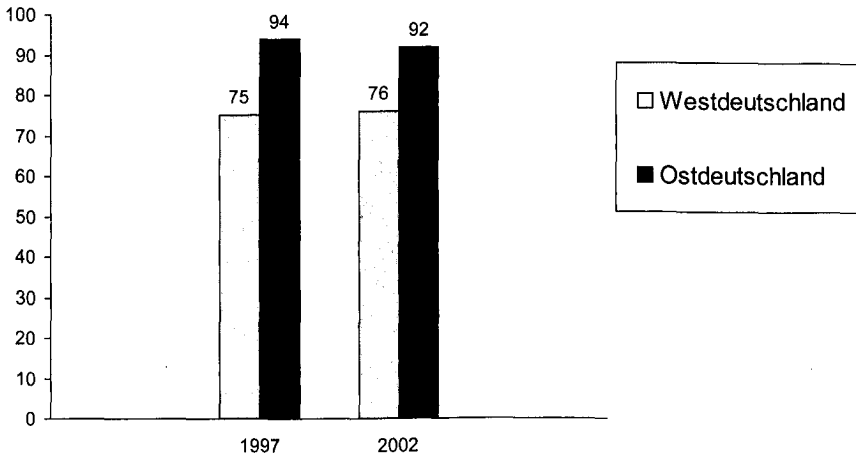
0,7 Prozent ein „nicht traditionales“ (weibliche Hauptverdienerin) und 0,4 Prozent ein „stark nicht traditionales“ (weibliche Alleinernährerin). (Gutachten 2011: 99).

3 „Gleichstellungsvorsprung“ ist ein soziologischer Terminus, der an der höheren Erwerbsintegration von Frauen, an ihrer beruflichen Qualifikation und an ihrer größeren Unabhängigkeit vom männlichen Ernährer festgemacht wird.

der Frauen bei 62 und die der Männer bei 80 Prozent liegt. Die Teilzeitquote der Frauen unterscheidet sich ebenfalls gravierend. Sie liegt bei Westfrauen um 42 und bei Ostfrauen um 23 Prozent. Auch ohne den politischen Druck zur Erwerbstätigkeit ist bei Ostfrauen der Anspruch darauf also sehr stark ausgeprägt (siehe auch den Beitrag von Kubis u.a. i.d.B.).

Und schließlich auch noch dieser Befund: Während in den alten Bundesländern fast doppelt so viele Männer wie Frauen in Führungspositionen tätig sind (20,8 zu 11,1 Prozent), liegen in den neuen Bundesländern Frauen (12 Prozent) und Männer (14,4 Prozent) dicht beieinander. Das alles führt dazu, dass – auf einem insgesamt niedrigeren Lohnniveau im Vergleich zu Westdeutschland – im Fall von Vollzeitbeschäftigung die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Ostdeutschland nahezu ausgeglichen sind,⁴ während Frauen in Westdeutschland immer noch nur knapp 75 Prozent des Bruttoeinkommens der Männer verdienen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Anteile der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) 1997 und 2002 in Prozent



Quelle: BMFSFJ 2005.

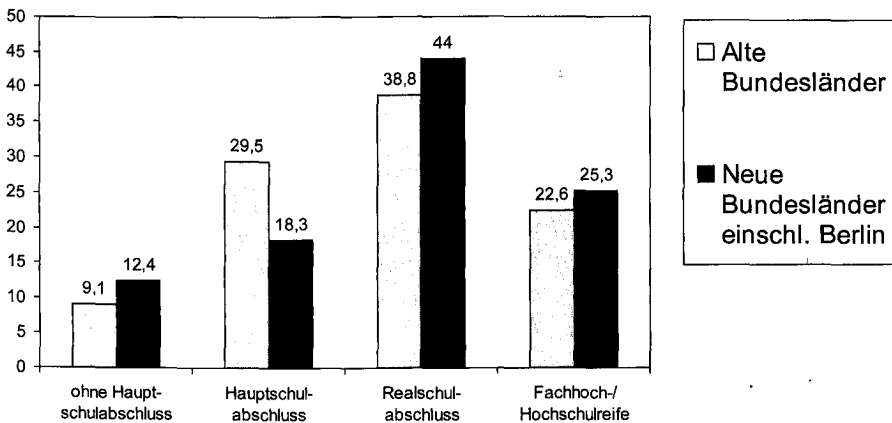
Eine Studie von Erler/Dähler (2008) will den Berichterstattungen über die neuen Bundesländer, die überwiegend, so die Autorinnen, „problematische Entwicklungen“ fokussieren, einen Kontrapunkt entgegensetzen und Fortschritte, die in den neuen Bundesländern erzielt wurden, zeigen, das heißt die „häufig vernachlässigten positiven Entwicklungen und Lichtblicke“ herausarbeiten. „Der Fokus liegt dabei

4 Auf einem insgesamt niedrigeren Lohnniveau verdienen in Ostdeutschland Frauen im Durchschnitt 94 Prozent des Männereinkommens, wohingegen Frauen in den alten Bundesländern gerade Dreiviertel des Einkommens der Männer erzielen, damit ist der Gender-Pay-Gap in den westlichen Bundesländern wesentlich höher als im Osten.

auf der speziellen Lebenssituation von Frauen in Ostdeutschland. Denn gerade, was die gesellschaftliche Rolle und die Möglichkeiten von Frauen angeht, war und ist der Osten dem Westen voraus“ (S. 2). Die Absicht dieser Studie soll vorerst nicht kommentiert werden, sondern es geht zunächst um Daten und Befunde, mit denen sie argumentiert. Viele andere Untersuchungen, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann, bestätigen die empirischen Fakten, sie können daher als valide gelten. Neben dieser Studie ist eine zweite, sehr differenzierte aktuelle Untersuchung von Mayer/Schulze (2009) empirische Grundlage meiner Argumentation, nicht zuletzt weil mit letzterer Studie der Jahrgang der 1971 Geborenen, damit also die Söhne und Töchter der „werkstätigen Mütter“ der DDR, in den Blick kommen.⁵

Junge Frauen in Ostdeutschland haben, wie die Untersuchungen zeigen, ein deutlich höheres Bildungsniveau als ostdeutsche Männer und dadurch – so Erler/Dähler – bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt (Abbildungen 2 und 3).

Abbildung 2: Männliche Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss in Prozent aller Abgänger im Schuljahr 2006

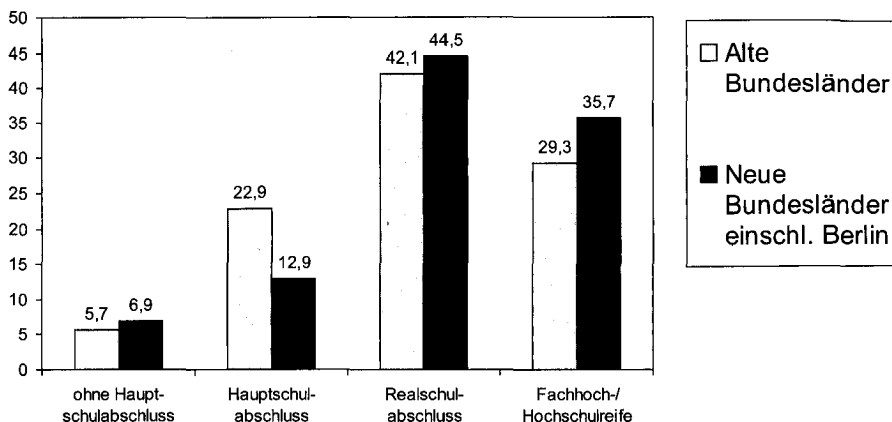


Quelle: Statistisches Bundesamt 2007; Berechnungen Erler/Dähler 2008

Mehr noch: Die allgemeine Schulbildung der ostdeutschen Bevölkerung ist besser als in Westdeutschland. Mädchen in Ostdeutschland machen heute wesentlich häufiger Abitur als ihre Altersgenossinnen und -genossen in den alten Bundesländern (Abbildung 3).

5 Die Studie widmet sich auf methodisch sehr anspruchsvolle Weise den Lebensläufen von 1971 in West- und Ostdeutschland geborenen Frauen und Männern bis zum Jahre 2005. Der Jahrgang 1971 ist insofern ein besonderer, weil er die Kindheit und Jugend bis zur Berufsausbildung im geteilten Deutschland verbracht hat, die Phase der beruflichen Entwicklung und Familienbildung aber im vereinigten Deutschland.

Abbildung 3: Weibliche Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss in Prozent aller Abgängerinnen im Schuljahr 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007; Berechnungen Erler/Dähler 2008.

Allerdings entscheiden sich trotz höherer Abiturquoten weniger ostdeutsche Frauen für ein Studium. Wie Erler und Dähler vermuten, auch wegen der geringeren finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten durch die Familien. Doch ohne Abitur hätten sie wahrscheinlich deutlich schlechtere Chancen auf Erwerbsintegration als mit Abitur. Denn trotz schwieriger Arbeitsmarktlage streben Frauen in Ostdeutschland stärker nach Erwerbsbeteiligung und finanzieller Unabhängigkeit als Frauen in Westdeutschland. Die Haushaltseinkommen in Ostdeutschland sind zwar weiterhin sehr viel niedriger als in Westdeutschland⁶, Frauen tragen im Osten aber mehr zum Haushaltseinkommen bei. Sie sind von ihren Partnern materiell unabhängiger. Und: In Ostdeutschland sind nicht selten Frauen die Familiernährerinnen, und zwar nicht nur als Alleinerziehende, sondern in Paarkonstellationen, wo der Partner erwerbslos ist oder noch weniger verdient als die Frau. Dabei handelt es sich überwiegend um „schwierige und fragile Arrangements“, Frauen „ernähren“ nicht zu gleichen Bedingungen, wie Männer dies tun oder taten. Sie erlangen den Status der „Familiernährerin“ häufig unfreiwillig und versorgen die Familie teilweise unter prekären Bedingungen, weil sie in der Regel weniger Geld verdienen (Gutachten 2011: 97f.).

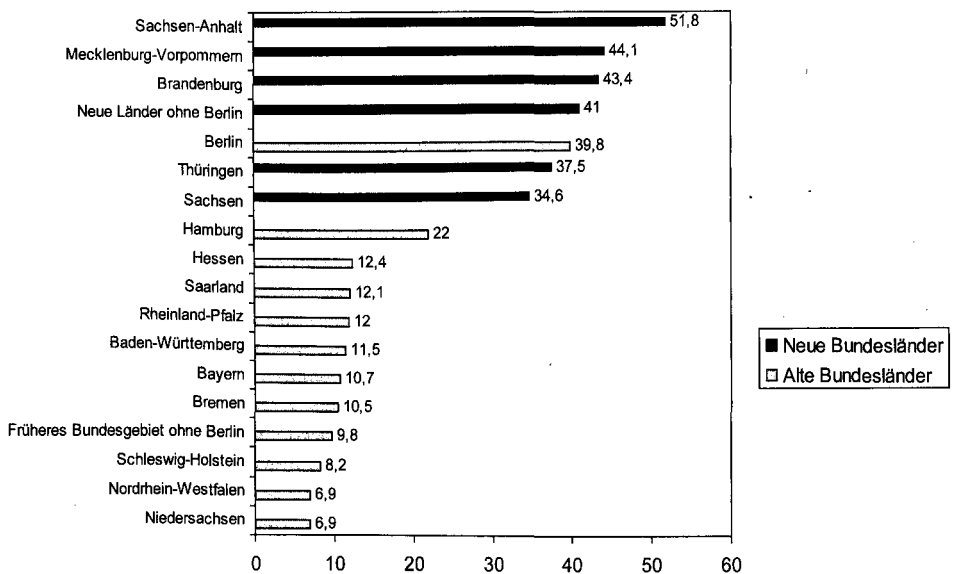
Gleichzeitig – das zeigen Mayer/Schulze – war und ist das Arbeitslosigkeitsrisiko für junge Ostdeutsche sehr hoch: Die Hälfte der Ostdeutschen (im Vergleich zu einem Fünftel der Westdeutschen) des Jahrgangs 1971 musste in den ersten Jahren nach Schule und Ausbildung die Erfahrung machen, ihren Arbeitsplatz zu ver-

6 So zeigt der vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Datenreport beispielsweise, dass sich die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern immer noch deutlich unterscheidet: Während im früheren Bundesgebiet 60,6 Prozent der Haushalte 1500 € zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Bundesländern weniger als 50 Prozent.

lieren oder erst gar keinen zu finden. Ähnlicher waren die Erfahrungen dieser Generation in Ost und West im Hinblick auf den Berufseinstieg. Etwa ein Drittel konnte sowohl im Westen wie im Osten nicht in den erlernten Beruf einsteigen. Hierbei hatten Ostfrauen und Westmänner mehr Schwierigkeiten als Ostmänner und Westfrauen. Zusätzliche Ausbildungsanstrengungen mussten sowohl von Ost- wie von Westdeutschen unternommen werden, allerdings mit einem deutlichen Unterschied: Während es für Westdeutsche fast zur Hälfte Höherqualifizierungen waren, ging es bei Ostdeutschen des 1971er Jahrgangs zu über zwei Drittel um Re-Qualifizierungen auf derselben Stufe zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Abstufung in niedrigere Tarifgruppen. Dennoch stellen die Autoren fest: „Die Ostdeutschen, vor allem die ostdeutschen Frauen, haben wir als pragmatischer, zielstrebig und zuversichtlicher erlebt. Die Westdeutschen, vor allem die Männer, erlebten wir oft als unentschiedener, weniger zupackend und weniger zuversichtlich“ (Mayer/Schulze 2009: 236).

Voraussetzung für die erfolgreiche Realisierung von gleichberechtigter Erwerbsarbeit junger Frauen ist vor allem eine gute Kinderbetreuungsinfrastruktur. Hier profitieren Frauen in Ostdeutschland von der vergleichsweise immer noch sehr guten frühkindlichen Betreuungssituation. Während im ostdeutschen Durchschnitt 37,4 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung betreut werden, sind es in den alten Bundesländern gerade einmal 8,1 Prozent (Abbildung 4).

Abbildung 4: Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen 2007 in Prozent



Quelle: BMFSFJ 2005.

Im Alter von drei bis fünf Jahren besuchen in Ost- wie in Westdeutschland um die 90 Prozent der Kinder eine Kindertagesstätte, jedoch gibt es enorme Unterschiede in der Dauer der Betreuung. In einer Ganztagsbetreuung, die erst eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung beider Elternteile erlaubt, befinden sich in den neuen Bundesländern 60 Prozent, in den alten Bundesländern dagegen nur 17,3 Prozent der Kinder.

Dass das eindeutig mit den Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit zu tun hat, zeigt Tabelle 1 aus der Studie „Wendegeneration“: Wenn es um die Bewertung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern geht, sagt fast die Hälfte der West-Männer, dass ein Kleinkind leidet, wenn die Mutter erwerbstätig ist. Bei den West-Frauen sind es insgesamt zwar weniger, aber der Unterschied zu den Ost-Frauen liegt noch immer bei 17 Prozent. Noch schärfer zeigen sich Diskrepanzen, wenn gefragt wird, was bei einer Erwerbstätigkeit der Mütter die beste Betreuungsalternative ist (Tabelle 1). Über die Hälfte der Ostdeutschen hält die Kinderkrippe für die beste Alternative, das gilt nur für ca. 10 Prozent der Westdeutschen. Diese Orientierungen machen es westdeutschen Frauen sehr viel schwerer, in den Jahren nach der Geburt ihrer Kinder erwerbstätig zu sein (Mayer/Schulze 2009: 189).

Tabelle 1: Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit nach Geschlecht sowie nach West und Ost in Prozent

	Leidet Kleinkind, wenn Mutter erwerbstätig?			
	Männer			Frauen
	Ost	West	Ost	West
Ja, ganz bestimmt	21,5	45,5	9,3	26,1
	Beste Betreuungsalternative, wenn Mutter erwerbstätig			
Kinderkrippe	52,7	7,6	55,7	11,0
Vater	31,9	60,4	25,7	55,8
Tagesmutter	3,5	5,6	7,9	8,0
Großeltern	9,0	23,0	10,0	20,9

Quelle: Deutsche Lebensverlaufsstudie LV71PANEL, n=1069.

Sowohl die Einstellung zu Heirat und Ehe als auch zur Aufteilung der Hausarbeit in der Partnerschaft lassen vermuten, dass Frauen im Osten in der Generation der 1971 Geborenen eine relativ starke Stellung haben. In den Einstellungen zu Partnerschaft und Ehe, aber auch im Aushandeln der Verantwortung für die Arbeit im Haushalt gehen junge Ost-Frauen von einem partnerschaftlichen Geschlechterverhältnis aus. Das wird auch von ostdeutschen Männern – zumindest zeigen das die Einstellungen – unterstützt.

Junge Frauen sind die mobilste Bevölkerungsgruppe der neuen Bundesländer, sie verlassen nicht selten ihre Heimatregion, um einen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entspricht, zu finden. Die „Wanderungsneigung“ junger ostdeutscher Frauen sei – so Erler/Dähner – grundsätzlich eine positive Entwicklung, sie sei Beweis für Selbstständigkeit und Streben nach beruflichem Erfolg. Sie sei auch ein Zei-

chen der hohen Ansprüche, die ostdeutsche Frauen haben: Junge ostdeutsche Frauen wandern dorthin, wo sie gute Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten finden, aber auch an Orte, die eine hohe Lebensqualität und gute Möglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung bieten. Der Aufbruch der jungen Ostfrauen – das reflektieren Erler/Dähler nicht – spiegelt aber auch eine gewisse Alternativlosigkeit wider und ist insofern nicht einfach nur als Emanzipation zu euphemisieren. Hohe subjektive Ansprüche auf ein selbstbestimmtes Leben und der Zwang, für sich selbst sorgen zu müssen und materiell verantwortlich zu sein, bilden eine ambivalente Anforderungsstruktur.

Junge Ostfrauen „überholen, ohne einzuholen“ (Walter Ulbricht hatte sich das im Wettbewerb der Systeme für die DDR gewünscht.) – und ziehen als Unternehmerinnen ihrer Arbeitskraft nicht selten gen Westen.⁷ Das ist zugleich eine zweischneidige Botschaft an Westfrauen, die dem Unabhängigkeit und Selbstbestimmung versprechenden „adult-worker-model“⁸ des Marktkapitalismus folgen sollen – trotz mangelnder Infrastruktur. Dass die „Wanderungsneigung“ der ostdeutschen Frauen zulasten der demographischen Entwicklung und der sozialen Integration geht, ist hinlänglich belegt. Die Abwanderung hinterlässt einen Männerüberhang im Osten, senkt die Kinderzahl in den neuen Ländern, treibt das Durchschnittsalter der zurückbleibenden Bevölkerung in die Höhe und verschärft das Pflegeproblem (vgl. den Beitrag von Kubis u.a. i.d.B.).

3. Das Ergebnis: Die Arbeitswelt bleibt männlich oder prekär

Mit diesen Entwicklungen, die zeigen, dass das traditionelle fordistische Geschlechterregime generell in Bewegung ist, sind geschlechtertheoretische Fragen aufgeworfen, die hier nur angerissen werden können. Das Geschlechterverhältnis verändert sich, ohne dass es bereits eine klar zu definierende neue Form gefunden hätte. Zwei Achsen der Veränderung sind besonders bedeutsam: Erstens die gleichzeitige Erodierung wie Intensivierung von Geschlecht als Strukturkategorie und zweitens der gleichzeitige Formwandel von Erwerbsarbeit wie der privaten Lebenswelt. Auf beide Phänomene soll zunächst kurz eingegangen werden.

Es ist eine alte Erkenntnis der Frauen- und Geschlechterforschung, dass die Art der strukturellen Verknüpfung von Produktions- und Reproduktionsweise einer Gesellschaft die Geschlechterordnung formt (Becker-Schmidt/Knapp 1995, Nickel 2009). Für den Industrialismus (Baethge 2001) war das Geschlecht zentraler Modus der Zuständigmachung entweder für die Erwerbsarbeit (male breadwinner beziehungsweise männlicher Ernährer) oder die Familie (female carer beziehungsweise

7 Warum die Studie dennoch „Frauen machen neue Länder“ heißt, bleibt angesichts dieser Befunde etwas dunkel.

8 Alle Erwerbsfähigen sollen entsprechend der EU-Beschäftigungspolitik erwerbstätig sein.

weise weibliche Fürsorgerin). Spätestens seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist auch in der alten Bundesrepublik Deutschland „Geschlecht“ als organisierendes Prinzip der (Sozial- und Arbeits-)Politik tendenziell obsolet. Frauen sollen – wie Männer – für ihre Existenzbedingungen selbst sorgen, das heißt einer Erwerbsarbeit nachgehen, die sie bis zur Rente absichert.

Paradoxerweise hat allerdings die Kategorie Geschlecht im bundesdeutschen Alltag keineswegs an Gewicht verloren. Das gilt erstens für den Arbeitsmarkt, wo weibliche Arbeitskräfte in die Domäne stereotyper Frauenjobs verwiesen sind, die durch niedrigere Löhne, Teilzeitbeschäftigung und Prekarität gekennzeichnet sind (Nickel 2007). Das gilt zweitens für die Familie, die heute häufig auf zwei Lohnbezüge, also die Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern angewiesen ist, aber die traditionelle geschlechtliche Zuweisung von unbezahlter Reproduktionsarbeit weitgehend beibehält. Schließlich gilt es drittens auch auf der betrieblichen Ebene, wo die horizontale und vertikale Segregation Frauen im Vergleich zu Männern schlechter stellt beziehungsweise aus den Führungsetagen ausgrenzt und eine wertschöpfungsorientierte „unternehmerische“ Personalpolitik oft zur Diskriminierung von Frauen führt, weil sie die Tatsache ausblendet, dass Arbeitskräfte, zumal weibliche, in der Regel fürsorgende Menschen sind, die soziale Verbindlichkeiten und Verpflichtungen außerhalb der Erwerbstätigkeit haben (Nickel/Hüning/Frey 2008).

Aus der systematischen Gleichgültigkeit kapitalistischer Verwertung gegenüber ihren „natürlichen“ Voraussetzungen (Kratzer/Sauer 2007) resultiert ein geschlechtsunspezifischer – besser an einem männlich konstruierten Arbeitssubjekt orientierter – Individualismus in der Arbeitswelt. Er findet keine Entsprechung in der Reproduktionssphäre beziehungsweise in der Organisation fürsorglicher Praxis (Care), die immer noch geschlechtskonnotiert und geschlechtsspezifisch verteilt ist. Der Staat delegiert zudem einesteils immer mehr Fürsorgepflichten in die individuelle private Sphäre (Saraceno 2008). Anderenteils findet auch eine Verschiebung der Fürsorgepflichten aus dem öffentlichen in den privaten Sektor, eine Kommodifizierung von Sorgearbeit, statt (Nickel 2008; Theobald 2008; Senghaas-Knobloch 2008): Privatisierung „stellt zwei unterschiedliche, aber sehr oft miteinander verbundene Strategien des Regierens dar – entweder die Unterwerfung unter die Warenform (die Umwandlung öffentlicher Güter in private Güter, die käuflich erworben werden können) oder die Familiarisierung/Individualisierung (die Verschiebung von Verantwortung aus dem Öffentlichen und Kollektiven zur Familie und den Individuen)“ (Brodie 2004: 23).

In der Arbeitswelt führt das nicht nur zum Erhalt „alter“ Trennungslinien zwischen Männern und Frauen, sondern entlang dieser Kommodifizierungs- bzw. Privatisierungslinien fragmentiert sich die Gruppe der Frauen (Nickel 2009a).

Ein Teil der Frauen – hoch qualifiziert und karriereorientiert – definiert sich heute in Abgrenzung zu traditionellen Zuschreibungen zunehmend über das Muster der zunächst Männern vorbehaltenen „Arbeitsmarktindividualisierung“, das heißt primär über Erwerbsarbeit. Ist dieses Muster bei Männern zumeist allerdings noch immer „familiengetragen oder -gestützt“, so ist es bei Frauen „familiengebrochen“ (Krüger 1995) beziehungsweise bedeutet oft den Verzicht auf Familie (Kleinert

u.a. 2007) oder delegiert Sorgearbeit im Rahmen weiblicher Zuständigkeit an schlechter gestellte Frauen, vor allem an Migrantinnen (Lutz 2007). Die große Mehrheit der Frauen allerdings stellt, wie die eingangs genannten Zahlen zeigen, eigene Erwerbsansprüche zum Wohle der Familie zurück und muss sich mit Beschäftigungsverhältnissen arrangieren, die sie in die Prekarität treiben. Gerade davon sind ostdeutsche Frauen auf massive Weise betroffen.

Wenn Frauen in einer sozial männlich konstruierten Arbeitswelt zunehmend erwerbstätig sind, dann werden auch an sie in der Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts die Risiken des Marktes – ohne Rücksicht auf individuelle Kinderwünsche und Familie – weitergegeben (vgl. Lohr/Nickel 2005). Ihnen wird zunehmend zugemutet, durch uneingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit, durch private Unterstützungsnetzwerke und durch die Ökonomisierung der privaten Lebensführung die marktradikalisierten betrieblichen Anforderungen und Risiken aufzufangen. Das gilt in besonderem Maße für prekär Beschäftigte, z.B. Verkäuferinnen in Einzelhandelsketten (Gutachten 2011: 110ff.).⁹ In dieser „Kultur der Subjektivierung“ wird „weibliches Arbeitsvermögen“ (soziale Kompetenz, Teamfähigkeit, emotionale Intelligenz etc.) nicht nur, aber vor allem auch von weiblichen Beschäftigten gefordert. Das hat die Erwerbsmöglichkeiten eines Teils von – nicht selten ostdeutschen – Frauen durchaus auch verbessert. Die Kehrseite dieser Entwicklungen ist, dass die private Lebenswelt zunehmend „durch die Person und in der Person selbst konstituiert und gegen „fremde“ Einflüsse geschützt“ werden muss (Jürgens/Voß 2007; vgl. auch Jürgens 2008).

Insgesamt verändert sich vor diesem Hintergrund das Genderregime, ohne dass es dabei allerdings automatisch zu einer Gleichstellung der Geschlechter kommt. Vielmehr führt der neue „Geschlechterpluralismus (Lenz 2007) zu komplexeren, vielschichtigeren und komplizierteren sozialen Lagen von Frauen und Männern. Das stellt die Geschlechter- und Arbeitspolitik vor neue Herausforderungen.

4. Eine Lösung: Arbeit muss dem – weiblichen – Lebenszyklus angepasst werden

Eine Frage stellt sich nun: Soll und kann es unter diesen Bedingungen überhaupt noch zu einer am „ganzen Leben“ orientierten Re-Vitalisierung einer solidarischen

9 Fast zwei Drittel aller Frauen arbeiten im Einzelhandel unterhalb des Vollzeitstandards, darunter zur Hälfte in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Angesichts der hohen Wettbewerbsintensität in der Branche reagieren die Unternehmen mit Kostensenkungsmaßnahmen im Personalbereich. „Personalkosten können bei gleichzeitiger Verlängerung der Ladenöffnungszeiten gesenkt werden, wenn das Arbeitsvolumen in kleine Beschäftigungsverhältnisse aufgeteilt wird und Beschäftigte mit einer kurzen Arbeitszeit nur genau dann eingesetzt werden, wenn Arbeitsanfall zu erwarten ist, während zu anderen Zeiten, in denen der Arbeitsanfall gering ist, nur eine rudimentäre Personalbesetzung vorhanden ist“ (Gutachten: 110).

Arbeits- und Geschlechterpolitik kommen, die sich gegen die Prekarisierungs- und Entgrenzungstendenzen der Arbeitsgesellschaft neuen postindustriellen Typs durchzusetzen vermag? Und weiter: Sind Frauen – vor allem jene, die in die Prekarität gedrängt sind – die gesellschaftspolitische Kraft (Vester/Gardemin 2001), die den Druck in diese Richtung forciert? Mit Kratzer/Sauer gefragt: Entstehen mit dem veränderten Verhältnis von Erwerbssphäre und privater Reproduktion neue interessenpolitische Konstellationen, die helfen, die Ausgangsbedingungen für einen an den Reproduktionsinteressen gemessenen Wandel von patriarchalen Herrschaftsverhältnissen zu verbessern (Kratzer/Sauer 2007: 247)? Bringen Ostdeutsche dabei besondere Erfahrungen ein? Die Gesellschaft – wenn sie sich nicht selbst zerstören will – muss den Konnex von Arbeit und Ökonomie (beziehungsweise Kapital) neu organisieren. Dabei könnte sie jenseits aller klassenkämpferischen und ideologischen Rhetorik von der Sozial- und Geschlechterpolitik der DDR lernen.

Mit Robert Castel (Castel 2009) ist zu fragen, ob es überhaupt eine effiziente Ökonomie ohne Berücksichtigung des Sozialen geben kann. In diesem Sinne versuche ich abschließend, einige arbeits- und geschlechtertheoretische Herausforderungen zu umreißen. Die nicht neue, aber in diesem Zusammenhang immer noch zentrale Herausforderung besteht darin, Arbeit in ihrem Inhalt, ihren Formen, ihrer Bedeutung und ihrer konkreten Gestaltung als ein politisches Feld zu betrachten, „das von widersprüchlichen Interessen, unterschiedlichen Werten und Bedürfnissen sowie diesbezüglichen Auseinandersetzungen und Kontroversen strukturiert wird“ (GendA 2005: 10) und – um der Geschlechtergerechtigkeit näher zu kommen – die „ganze Arbeit“, die für die Gesellschaft notwendig ist, als auch unbezahlte Fürsorge- und Betreuungsarbeit, in den Blick zu nehmen.

Weil der Gleichstellungspolitik in Deutschland ein konsistentes Leitbild fehlt und Anreize für ganz unterschiedliche, im Kern aber immer noch am traditionellen männlichen Ernährermodell orientierte Lebensmodelle gesetzt werden, ist bereits im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 vereinbart worden, einmal in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorzulegen. Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung ist in diesem Jahr erstellt worden. Er soll die Grundlage für eine abgestimmte Familien- und Gleichstellungspolitik liefern. Der Erste Gleichstellungsbericht basiert auf dem Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Neue Wege – Gleiche Chancen“, das im Januar 2011 übergeben worden ist. Die in diesem Gutachten zusammengefassten Lösungsvorschläge richten sich im Kern darauf, künftig einen „lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik“ zu verfolgen. Nur auf dieser Basis ist eine ganzheitliche Perspektive auf das Wechselverhältnis von Arbeit und Leben möglich. Eine lebenszyklusbasierte Beschäftigungs- und Arbeitspolitik ist für die Tatsache sensibilisiert, dass es im Lebenslauf Übergänge, Brüche und „rush hours“ gibt. Damit ist gemeint, dass Arbeitskräfte keine standardisierte Biografie mehr haben, die sich in Ausbildungs-, Erwerbs- und Rentenphase fassen lässt. Insbesondere die (Erwerbs-)Biografien von Frauen sind durch sehr wechsel-

volle Lebensereignisse (Geburt von Kind(ern), Elternzeit, berufliche Wechsel etc.) strukturiert.

Diese lebensbiografischen Übergänge, Brüche und „rush hours“¹⁰ müssen institutionell und sozialpolitisch abgedeckt werden, damit Menschen nicht in erwerbsbiografischen Sackgassen landen. Und – was aus einer Genderperspektive möglicherweise noch bedeutsamer ist – ein lebenszyklusbasierter Ansatz ist für das „Prinzip der verbundenen Leben (linked lives)“ (Gutachten 2011: 14) aufgeschlossen: „Der Mensch lebt sein Leben nicht isoliert, sondern eingebettet in soziale Beziehungen mit anderen Menschen“ (ebenda). Insbesondere Frauen sind davon tangiert (zunehmend fordern aber auch Männer Zeit für Kinder, Familie, soziale Netzwerke ein), entsprechend flexibel müssen ihre Arbeitszeiten, betrieblichen Mobilitätsanforderungen und Karriereoptionen sein. Einige Unternehmen zeigen, dass das zum Nutzen beider Seiten möglich ist.

Es ist noch ein weiter Weg, bis die konkreten Empfehlungen der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung tatsächlich in Wirtschaft und Politik umgesetzt sind. Der Lösung der „Frauenfrage“ in Ost- und Westdeutschland kommen wir nur näher, wenn:

- (Fehl-)Anreize für lange Erwerbsunterbrechungen beseitigt werden und die Fragmentierung von typischen Frauentätigkeiten in nicht existenzsichernde Minijobs unterbunden wird;
- Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit oder vorübergehende Verkürzungen der Arbeitszeit aufgrund von Sorgearbeit reversibel sind und nicht zu langfristigen Einkommensnachteilen führen;
- der Grundsatz der Entgeltgleichheit für Männer und Frauen konsequent umgesetzt wird (Gutachten 2011: 220).

Eine grundsätzliche gesellschaftliche Reflexion der Geschlechter- und Arbeitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland kann von den Erfahrungen ostdeutscher Frauen – wie nicht zuletzt auch das Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht zeigt – profitieren. Das ostdeutsche Festhalten am „Gleichstellungsvorsprung“ ist eine Ressource für die längst überfällige „nachholende Modernisierung“ im Westen. Eine solche Perspektive könnte zugleich auch dem eingangs beschriebenen Bild, wonach die Neuen nur das Dunkel mitgebracht hätten, einen Kontrapunkt entgegenzusetzen.

Literatur

- Baethge, Martin, 2001: Abschied vom Industrialismus: Konturen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit, in: *Ders./Wilkens, Ingrid* (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert: Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*. Opladen, 23-44.

10 Berufliche Konsolidierung und Familiengründung finden zeitgleich statt.

- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli*, 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main/New York.
- Brodie, Janine*, 2004: Die Re-Formulierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen, in: *Widerspruch* 46:24, 19-32.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ]*, 2005: Gender Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der BRD. Berlin.
- Castel, Robert*, 2009: Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: *Castel, Robert/Dörre, Claus* (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York, 21-34.
- Dahn, Daniela*, 2009: *Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen*. Hamburg.
- Dölling, Irene*, 2003: Zwei Wege gesellschaftlicher Modernisierung. Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements in Ostdeutschland in gesellschafts-/modernisierungs-theoretischer Perspektive, in: *Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika* (Hrsg.), *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*. Münster, 73-100.
- Erler, Gisela/Dähner, Susanne*, 2008: *Frauen machen neue Länder*. Berlin.
- Geissler, Rainer*, 1992: Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 29-30/1992, 15-28.
- Genda – Netzwerk feministische Arbeitsforschung*, 2005: Memorandum zur zukunftsfähigen Arbeitsforschung. Arbeit und Geschlecht – Plädoyer für einen erweiterten Horizont der Arbeitsforschung und ihrer Förderung. Discussion Papers 13. Marburg.
- Gerhard, Ute*, 2008: 50 Jahre Gleichberechtigung – eine SpringprozeSSION, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24-25/2008, 3-10.
- Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*, 2011: *Neue Wege – gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf*. München.
- Hradil, Stefan*, 1992: Die „objektive und die subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 29-30/1992, 3-14.
- Jürgens, Kerstin*, 2008: Reproduktion als Praxis. Zum Vermittlungszusammenhang von Arbeits- und Lebenskraft, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2: 18, Care – Black Box der Arbeitspolitik, 193-220.
- Jürgens, Kerstin/Voß, G. Günter*, 2007: Gesellschaftliche Arbeitsteilung als Leistung der Person, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34/2007, 3-9.
- Kleinert, Corinna/Kohaut, Susanne/Brader, Doris/Lewerenz, Julia*, 2007: *Frauen an der Spitze, Arbeitsbedingungen und Lebenslagen weiblicher Führungskräfte*. Frankfurt am Main.
- Kratzer, Nick/Sauer, Dieter*, 2007: Entgrenzte Arbeit – gefährdete Reproduktion. Genderfragen in der Arbeitsforschung, in: *Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne* (Hrsg.), *Arbeit und Gesellschaft im Umbruch der modernen Gesellschaft*. Wiesbaden, 27-44.
- Krüger, Helga*, 1995: Dominanzen im Geschlechterverhältnis: Zur Institutionalisierung von Lebensläufen, in: *Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli* (Hrsg.), *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main/New York, 195-219.
- Lenz, Ilse*, 2007: *Machtmenschen, Marginalisierte, Schattenmenschen und Gleichheit*, in: *Widerspruch* 52 27:1, 31-44.
- Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria*, 2005: Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen, in: *Dies.* (Hrsg.), *Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen*. Münster, 207-239.
- Lutz, Helma*, 2007: *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen/Farmington Hills.
- Mayer, Hans*, 1991: *Der Turm von Babel*. Frankfurt am Main.
- Mayer, Karl Ulrich/Schulze, Eva*, 2009: *Die Wendegeneration, Lebensverläufe des Jahrgangs 1971*. Frankfurt am Main/New York.
- Münkler, Herfried*, 2009: *Die Deutschen und ihre Mythen*. Berlin.
- Nickel, Hildegard M.*, 1998: *Zurück in die Moderne? In: Deutschland im Umbruch*. Studienbrief 5. Funkkolleg des DIFF. Tübingen, 4-33.

- Nickel, Hildegard M.*, 2008: Editorial, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2:18, Care – Black Box der Arbeitspolitik, 185-191.
- Nickel, Hildegard M.*, 2009: Subjektivierte Arbeit hat (k)ein Geschlecht, in: *Dies./Hüning, Hasako/Frey, Michael* (Hrsg.), *Subjektivierung, Verunsicherung, Eigensinn. Auf der Suche nach Gestaltungspotenzialen für eine neue Arbeits- und Geschlechterpolitik*. Berlin, 149-174.
- Nickel, Hildegard M.*, 2009a: Die „Prekarietät“ – eine soziologische Kategorie? Anmerkungen aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive, in: *Castel, Robert/Dörre, Claus* (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York, 209-218.
- Saraceno, Chiara*, 2008: „Care“ leisten und „Care“ erhalten zwischen Individualisierung und Refamilialisierung, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2:18, Care – Black Box der Arbeitspolitik, 244-256.
- Senghaas-Knobloch, Eva*, 2008: Care-Arbeit und das Ethos fürsorglicher Praxis unter neuen Marktbedingungen am Beispiel der Pflegepraxis, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2: 18, Care – Black Box der Arbeitspolitik, 221-243.
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. [SFZ]*, 2008: Sozialreport 2008. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.
- Theobald, Hildegard*, 2008: Care-Politiken, Care-Arbeitsmarkt und Ungleichheit: Schweden, Deutschland und Italien im Vergleich, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2:18, Care – Black Box der Arbeitspolitik, 257-281.
- Vester, Michael/Gardemin, Daniel*, 2001: Milieu, Klasse und Geschlecht. Das Feld der Geschlechterungleichheit und die „protestantische Alltagsethik“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 41/2001, 454-486.